

14. Juli 2008

[www.kas.de/mongolei](http://www.kas.de/mongolei)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Die Parlamentswahlen in der Mongolei vom 29. Juni 2008

### VORBEMERKUNG

Die Mongolen haben gewählt. Am 29. Juni 2008 fanden zum fünften Mal seit der politischen Wende 1989/90 freie Wahlen statt. Insgesamt 1.561.293 Mongolen waren wahlberechtigt, 952.887 in den ländlichen Provinzen, 608.406 in der Hauptstadt Ulaanbaatar. Für das nationale Parlament, den Großen Staatskhural, bewarben sich insgesamt 356 Kandidaten in 26 Wahlkreisen. Die Hauptstadt Ulaanbaatar umfasste sechs Wahlkreise, 20 die Provinzen. Zur Wahl waren elf Parteien und ein Wahlbündnis zugelassen, hinzu kamen 45 unabhängige Bewerber. Die Wahlbeteiligung lag etwa bei 75 Prozent.

Ein offizielles Endergebnis liegt bislang noch nicht vor. Nach einem ersten vorläufigen Ergebnis, das vier Tage nach der Wahl vom Vorsitzenden der zentralen Wahlkommission bekannt gegeben wurde, wäre die Sitzverteilung im künftigen Parlament wie folgt: die regierende „Mongolische Revolutionäre Volkspartei“ (MRVP) hätte 46 Sitze, die größte Oppositionspartei „Demokratische Partei“ (DP) 27, die „Civil Will Republican Party“ (CWRP) der amtierenden Außenministerin Frau S. *Oyun* einen, das „Bürgerbündnis“ einen und schließlich würde noch einer der unabhängigen Kandidaten ins Parlament einziehen. Damit hätte die MRVP diese Wahlen deutlich für sich entschieden und könnte mit einer soliden Mehrheit die künftige Regierung allein stellen.

Aber all diese Angaben sind 14 Tage nach der Wahl immer noch als vorläufig anzusehen. Ein endgültiges Wahlergebnis kann erst als verbindlich gelten, wenn der Staatspräsident ein solches anerkannt hat.

Dies wiederum setzt voraus, dass es keine gerichtsnotorischen Anfechtungen gibt. Zurzeit wird auf Antrag von Kandidaten der DP, der CWRP sowie von einigen unabhängigen Kandidaten geprüft, ob die Auszählung erneut vorgenommen wird. Prognosen über die Bildung einer neuen Regierung und zu erwartende künftige Entwicklungen innerhalb der nächsten Legislaturperiode sind unter diesen Umständen nicht möglich. Angesichts der angespannten Situation und vieler ungelöster Probleme scheint dies im Moment auch nicht im Vordergrund zu stehen.

### WAHLKAMPF MIT MASSIVEM GELDEINSATZ

Eine inhaltliche Profilierung der verschiedenen Parteien konnte in diesem Jahr noch weniger ausgemacht werden, als bei den vorhergegangenen Wahlen. Die mongolische Parteiendemokratie ist auch im 18. Jahr nach der politischen Wende nur formell mit deutschen oder westeuropäischen Verhältnissen zu vergleichen. Es gibt, zumal bei den beiden großen Parteien MRVP und DP, im Prinzip keine wirklich relevanten Unterschiede bei den Vorstellungen über die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der nächsten Jahre und eine Antwort auf die Frage, wie solche vom Staat zu beeinflussen wären. Die Entwicklung zu überwiegend privatwirtschaftlichen Verhältnissen wird von keiner ernstzunehmenden Partei angezweifelt. Die weitere Privatisierung sich noch in staatlichem Eigentum befindlicher Wirtschaftszweige wollen alle. Ein möglicher Streitpunkt zwischen den beiden großen Parteien wären unterschiedliche Auffassungen und Konzepte über die Modalitäten bei der Ausbeutung und dem Verkauf der im-

14. Juli 2008

[www.kas.de/mongolei](http://www.kas.de/mongolei)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

mensen Bodenschätze gewesen. Aber diesbezüglich gab es unmittelbar vor Beginn des Wahlkampfs eine Art „Stillhalteabkommen“ zwischen den Parteivorsitzenden S. Bayar (MRVP) und T. Elbegdorj (DP). Demnach wollten beide Seiten dieses Thema nicht im Rahmen des Wahlkampfs „diskutieren“. Das hielt allerdings beide Parteien nicht davon ab, sich gegenseitig bei den Wählern mit Versprechungen von Zuwendungen für alle mongolischen Familien aus den Erlösen der Bodenschätze zu überbieten. Laut Umfragen waren allerdings die meisten Wähler sehr skeptisch, ob die Versprechungen von 1,0 (DP) oder 1,5 Mio. Tugrik (MRVP) - rund 1.000,- bzw. 1.500,- US Dollar - für jeden Mongolen wirklich ernsthafte und einzuhaltende Wahlversprechen seien. Die wirtschaftlichen Perspektiven im Zusammenhang mit zu erwartenden Einnahmen aus dem Verkauf von Bodenschätzen gehören seit geraumer Zeit zu den am heftigsten umkämpften innenpolitischen Themen.

Auch steht das mongolische Wahlsystem einer stärkeren programmatischen und parteipolitischen Profilierung entgegen. Letztendlich werden Personen gewählt. Bei diesen Parlamentswahlen kam hinzu, dass sich durch eine Strukturänderung der Wahlkreise die Fokussierung des Wahlkampfes auf einzelne Personen und eben nicht auf Parteiprogramme noch weiter erhöhte. Demnach durften in jedem Wahlkreis die Parteien so viele Kandidaten aufstellen, wie Mandate zu vergeben waren. Das führte zwangsläufig dazu, dass die Kandidaten einer Partei, die ja jeder für sich um die Mehrheit der Stimmen kämpfen müssen, gleichzeitig die Konkurrenten nicht nur der Kandidaten der anderen, sondern auch der eigenen Partei waren! So hätte man beispielsweise ein in der Partei beschlossenes wirtschafts- oder sozialpolitisches Konzept gleichzeitig gegen die Kandidaten der eigenen Partei „ins Feld“ führen müssen. Eine Übersicht über relevante Politikunterschiede zwischen einzelnen Parteien oder Kandidaten war somit für die Wähler kaum zu erlangen. Dieses Wahlsystem bedarf dringend einer weiteren Reform.

Gleichwohl wurde der Wahlkampf, insbesondere von den Kandidaten der beiden

großen Parteien offenkundig mit erheblichen Mittelaufwendungen geführt. In Ulaanbaatar war den unzähligen Plakaten und anderen Werbeträgern faktisch nicht zu entfliehen. Selbst auf dem extrem dünn besiedelten Land wurden vergleichsweise große Aufwendungen getätigt in Form von so genannten Wahlwerbejurten, die in enger Dichte von den Parteien aufgestellt wurden. Im Gegensatz zur vorherigen Parlamentswahl von 2004 war es den Kandidaten diesmal per Gesetz verboten, aufwendige Kulturveranstaltungen für Wahlwerbezwecke zu organisieren. Trotzdem sollen sich die Aufwendungen signifikant erhöht haben.

## DIE MONGOLEI IN POLITISCHER SCHOCKSTARRE

Obwohl die Bekanntgabe der Wahlergebnisse Anlass für massive Proteste von Oppositionellen war, scheinen in den Folgetagen diese Wahlergebnisse in den Hintergrund getreten zu sein; jedenfalls die als offiziell geltenden. Diese Parlamentswahlen stehen immer noch unter dem Eindruck extrem gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten sowie Polizei und Sicherheitskräften in der Nacht vom 01. zum 02. Juli. Im Ergebnis dieser Auseinandersetzungen gab es nach offiziellen Angaben bisher fünf Tote und mehr als 200 zum Teil Schwerverletzte. Knapp 800 Menschen wurden verhaftet. Das Parteigebäude der MRVP brannte völlig aus, hinzu kommen enorme Schäden an weiteren Gebäuden, darunter eine Gemäldegalerie und das Depot einer Kinderbibliothek.

Aber ungleich höher sind die immateriellen Schäden dieser Exzesse. Die politische Elite und große Teile der Bevölkerung stehen seither wie unter einer mentalen Schockstarre. Die Mongolen haben in ihrer jüngeren Geschichte eine solche Eskalation der Gewalt noch nicht erlebt. Staatspräsident N. Enkhbayar verhängte in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch über das Land den Ausnahmezustand - zum ersten Mal in der Geschichte der Mongolei seit Beginn des Transformationsprozesses 1989/90. Für vier Tage herrschte eine nächtliche Ausgangssperre, die Straßen wurden auch tagsüber von bewaffneten Armeekräften kontrolliert.

14. Juli 2008

[www.kas.de/mongolei](http://www.kas.de/mongolei)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die zahlreichen privaten Fernseh- und Rundfunkstationen mussten ihre Sendungen einstellen. Lediglich der staatliche Fernsehsender „Mongol TV“ informierte. Jedoch konnten die Tageszeitungen weitgehend uneingeschränkt erscheinen. Im gesamten öffentlichen Raum war der Genuss von Alkohol verboten. Im Kontext des Ausnahmezustandes hatten die Sicherheitskräfte inklusive Polizei Sondervollmachten bei der Kontrolle des öffentlichen Lebens.

#### CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

Nach den Eindrücken vieler internationaler Beobachter verliefen die Wahlen am 29. Juni friedlich und gut organisiert. Am Wahltag gab es keine Hinweise auf versuchte oder reelle Wahlmanipulationen, weder in den Stimmbezirken der 20 Provinzen noch in denen der Hauptstadt Ulaanbaatar. Auch bis zum heutigen Tag sind noch keine offenkundigen Wahlmanipulationen nachgewiesen worden, obwohl einzelne Kandidaten von Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Stimmen berichten. Allerdings ist für mehrere Wahlkreise eine Neuauszählung der Stimmen beantragt worden.

Verlässliche Ergebnisse der Auszählungen können aufgrund der natürlichen Bedingungen in der Mongolei frühestens einen Tag nach der Wahl später vorliegen. Im Fall der diesjährigen Wahlen kommt hinzu, dass ein verändertes Wahlsystem die Stimmenauszählung noch komplizierter und damit zeit- und aufwendiger gemacht hat.

#### 30.06. – ERSTE DEMONSTRATIONEN

Gleichwohl verkündete der Vorsitzende der MRVP und amtierende Ministerpräsident S. Bayar am Abend nach dem Wahltag in einer Pressekonferenz, dass sich ein deutlicher Wahlsieg seiner Partei abzeichne. Demnach hätten allein in den Provinzen die MRVP-Kandidaten 38 Sitze im „Großen Staatskhural“ errungen. Bei zu erwartenden mindestens 6 – 8 weiteren Sitzen für die Kandidaten in den Hauptstadtwahlbezirken wäre somit eine absolute Mehrheit der Partei im nächsten Parlament, das über 76 Sitze insgesamt verfügt, erreicht. S. Bayar ver-

sprach im Falle einer Bestätigung dieses Trends, dass eine von seiner Partei geführte Regierung alle Wahlversprechen einhalten werde.

Bereits an diesem Abend gab es spontane Demonstrationen von Anhängern diverser Bürgerbündnisse. Die Angaben der MRVP-Führung wurden angezweifelt. Von Anfang an richteten sich die Demonstrationen gegen die MRVP, teilweise auch gegen die DP. Die Demonstrationen verliefen gleichwohl bis Dienstag am frühen Nachmittag friedlich.

#### 01.07. – GEWALTSAME DEMONSTRATIONEN – AUSNAHMEZUSTAND

Der Vorsitzende der DP *T. Elbegdorj*, der bereits zweimal Ministerpräsident war, erklärte am Dienstagmittag in einer Pressekonferenz, die Wahlen seien in großem Umfang manipuliert worden. Insbesondere seien bei den Auszählungen massive Fälschungen vonstattengegangen. Allerdings legte er keine verwertbaren Beweise oder zumindest Indizien für diese Vorwürfe vor. *T. Elbegdorj* verwies darauf, dass aus seiner Sicht bei der Auszählung bis frühmorgens 3.00 Uhr die Kandidaten der DP deutlich vorn gelegen hätten, jedoch sei danach unerklärlich ein gegensätzlicher Trend zu Gunsten der MRVP eingetreten. Ein weiterer Vorwurf seitens von *Elbegdorjs* lautete, die Wahlbeobachter der einzelnen Parteien in den Wahllokalen seien von der MRVP bestochen worden.

Nach dieser Pressekonferenz eskalierte die Demonstration immer mehr, am Abend wurde dann im MRVP-Gebäude Feuer gelegt. Offenkundig wurden die Feuerwehrrzüge am Zugang gehindert, so dass das Feuer nicht gelöscht werden konnte.

Um 18.00 Uhr gab Premierminister und MRVP-Vorsitzender S. Bayar, der sich innerhalb des belagerten Gebäudes befand, eine Erklärung ab. Darin beschuldigte er den DP-Vorsitzenden *T. Elbegdorj* sowie zwei führende Köpfe der Bürgerbewegungen, *J. Batzandan* und *O. Magnai*, diese hätten die Demonstranten zur Gewalt aufgerufen.

14. Juli 2008

[www.kas.de/mongolei](http://www.kas.de/mongolei)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die Bilder der weiteren Eskalation gingen dann live über alle mongolischen Fernsehsender, auch international wurde berichtet. Staatspräsident *N. Enkhbayar* versprach in einer dramatischen Rede an die Nation ca. 22.00 Uhr, dass bei konkreten Beweisen in allen fraglichen Wahlkreisen Nachzählungen oder ggf. auch Nachwahlen stattfinden würden. Gleichzeitig verwies er auf das Gewaltmonopol des Staates, das in vollem Umfang eingesetzt werde, sollten die in der Zwischenzeit extrem gewalttätigen Demonstrationen im Zentrum der Stadt nicht beendet werden. Der Ausnahmezustand wurde kurz vor Mitternacht für vier Tage ausgerufen.

#### AKTUELLE SITUATION

Vor diesem Hintergrund erscheint es fraglich, wann die mongolische Politik wieder „zur Tagesordnung“ übergehen kann – und zwar unabhängig davon, dass der Ausnahmezustand nach Ablauf der vier Tage nicht noch mal verlängert wurde. Zunächst muss ein offizielles Endergebnis abgewartet werden, das nach mongolischem Gesetz spätestens sieben Tage nach der Wahl von der staatlichen Wahlkommission vorgelegt werden muss.

Am 02. Juli, dem Tag nach den Gewaltexzessen, wurden die Mitglieder des Parlaments für den späten Nachmittag zu einer Sondersitzung zusammen gerufen. Am Anfang der Sitzung machte der DP-Abgeordnete *E. Bat-Uul* den Vorschlag, diese Sitzung ohne öffentliche Beteiligung hinter verschlossenen Türen durchzuführen. Er befürchtete, dass der zu erwartende Streit, in der Öffentlichkeit ausgetragen, wiederum zur Eskalation auf der Straße führen könnte. Dafür fand sich schnell eine Mehrheit. Über stichhaltige und offizielle Verlautbarungen oder Beschlüsse kann derzeit nichts gesagt werden. Lediglich am Freitag, 04.07. wurde bekannt gegeben, dass die Mehrheit Parlamentarier einen Nachtragshaushalt wegen des Sondereinsatzes der Sicherheitskräfte sowie Aufbauhilfen für die zerstörten Gebäude – mit Ausnahme des völlig ausgebrannten MRVP-Hauses – beschlossen haben.

Zwischenzeitlich tagte das so genannte „nationale Beratungskomitee“ der DP. Dieses forderte den Rücktritt der Regierung und der staatlichen Wahlkommission. Darüber hinaus wurde der Nachtragshaushalt in Höhe von 10 Mrd. Tugrik kritisiert. Die DP befürchtet, dass davon auch das völlig ausgebrannte MRVP-Gebäude wieder hergestellt würde.

Über weitaus brisantere Themen wie die Diskussion um das Wahlergebnis, eventuelle Nachzählungen bzw. auch Nachwahlen in manchen Wahlkreisen wird offenkundig hart gerungen. Bezüglich der gewaltsamen Ausschreitungen sollen offenbar auch Unterlagen, Fotos und Filmaufnahmen des Geheimdienstes besprochen werden, was eine weitere Begründung für den Ausschluss der Öffentlichkeit von dieser Sondersitzung war.

Was die Wahlergebnisse anbelangt, so wurden gelegentlich in den Zeitungen schon alle drei Varianten ins Spiel gebracht. Erstens, die Anerkennung des von der Wahlkommission vorgelegten Wahlergebnisses, das bei eventuell geringfügigen Änderungen weiterhin eine absolute Mehrheit für die MRVP aufweisen würde; zweitens, eine partielle Nachzählung der Stimmzettel in den Wahlkreisen, bei denen die Vermutung der Manipulation erhärtet werden kann, was vergleichsweise unkompliziert im Rahmen des Wahlgesetzes zu regeln wäre; drittens, eine vollständige Annullierung der Wahlergebnisse und Ausrufung von Neuwahlen. Diesbezüglich wären allerdings einige verfassungsrechtliche Hürden zu bedenken. Gleichwohl könnte dies bei einer entsprechenden Intervention des Staatspräsidenten bis Ende des Jahres vonstatten gehen. Wahlen mitten im mongolischen Winter wären allerdings für die Landbevölkerung mit extremen Schwierigkeiten verbunden und fast nicht zumutbar. Dies träfe auch auf den zu erwartenden massiven Einsatz von internationalen Wahlbeobachtern zu.

#### PERSPEKTIVEN

Die mongolische Politik befindet sich in einer äußerst komplizierten Situation. Man darf davon ausgehen, dass bei der überwiegenden Mehrheit der verantwortlichen Poli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MONGOLEI

DR. THOMAS SCHRAPEL

14. Juli 2008

[www.kas.de/mongolei](http://www.kas.de/mongolei)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

tiker zurzeit der größte Wunsch darin besteht, wieder Ruhe einkehren zu lassen. Viele mongolische Politiker von Regierung und Opposition waren über diese Vorgänge derart schockiert, dass vielleicht Chancen für ein gemeinsames Handeln bestehen, da die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung für alle oberstes Gebot sein muss. Möglicherweise spekulieren Parlament und Regierung ein wenig auf den Umstand, dass in dieser Woche das bedeutendste Volksfest der Mongolen, das Naadam-Fest, stattfindet. Dieses galt in allen Jahren als gemeinsames Fest der Mongolen, wobei parteipolitische Orientierungen keinerlei Rolle spielten. Beim Naadam-Fest wird traditionell an das gemeinsame Erbe der Mongolen erinnert, der Zusammenhalt aller Mongolen beschworen etc. Gerade in den Jahren seit Beginn der Transformation diene dieses Fest immer wieder als ausgleichender Faktor und als Kontrapunkt zur mehr oder weniger geübten demokratischen Streitkultur.

#### ZWISCHEN BAUM UND BORKE

Aber die Situation ist ausgesprochen vertrackt! Würde einerseits das jetzt vorliegende Ergebnis von den Parlamentariern im Prinzip anerkannt, dann hieße das, die Opposition hätte in der Tat durch falsche Anschuldigungen die Situation eskalieren lassen. Wenn es andererseits bei Nachzählungen in einigen Wahllokalen zu erheblich anderen Ergebnissen kommen würde, als die offiziell angegebenen, dann wäre der Vorwurf der Wahlfälschungen berechtigt und Spekulationen, ob diese nicht doch in noch viel erheblicherem Umfang vonstattengegangen seien, wären Tür und Tor geöffnet. Beide Varianten ließen die verfeindeten Lager auf absehbare Zeit unversöhnlich gegeneinander stehen. Wenn der Staatspräsident die gesamten Wahlen annulliert und Neuwahlen ausriefe, wäre dies auch eine Bestätigung der Wahlmanipulationsvorwürfe. Auch in diesem Fall wäre eine weitere Verhärtung der innenpolitischen Fronten zu befürchten. Im Moment scheint noch keine politische oder gesellschaftliche Autorität da zu sein, deren Einfluss in ausreichendem Maße zur Beruhigung beitragen könnte.

Hinzu kommt, dass die Kritik an der Ausrufung des Ausnahmezustands seitens des Staatspräsidenten zunimmt. Ihm wird vorgeworfen, zu harte Maßnahmen ergriffen zu haben. Beispielsweise sei es in der Verfassung nicht zwangsläufig, mit der Ausrufung des Ausnahmezustands sämtlichen privaten Medien die Arbeit zu verbieten. Schwer wiegt aber auch der Umstand, dass gegen diejenigen, die in der Nacht vom 1. zum 2. Juli im Kontext der Demonstrationen verhaftet wurden, seitens der Sicherheitskräfte und Polizei ausgesprochen brutal vorgegangen wurde. Während der Zeit der 72-stündigen Untersuchungshaft demonstrieren Angehörige von Inhaftierten vor den Untersuchungsgefängnissen und wollten Auskunft über deren Schicksal. Es handelte sich ja überwiegend um junge Demonstranten. Es steht zu befürchten, dass Opposition in den nächsten Monaten zunehmend außerhalb des Parlaments ausgetragen wird. Weiterhin wurden vor zwei Tagen die führenden Köpfe der Partei der Bürgerbewegung, *J. Batzandan* und *O. Magnai*, verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, wesentlich zur Eskalation der Gewalt in der Nacht vom 1. zum 2. Juli beigetragen zu haben.

Dieser ungezügelter Gewaltausbruch ist ein Bruch mit bisherigen Traditionen der politischen Auseinandersetzungen in der Mongolei seit der politischen Wende. Es wird zu beobachten sein, ob mit Blick auf die extrem vielen jugendlichen Demonstranten auch neue soziokulturelle Entwicklungen zu Buche schlagen. Die Mongolen sind eine junge Gesellschaft, mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre. Die sozialen Verwerfungen im Zusammenhang mit der massenhaften Zuwanderung in die Hauptstadt Ulaanbaatar, in der zurzeit ca. die Hälfte der mongolischen Bevölkerung lebt, scheinen diese Probleme eher zu verstärken. Ein Großteil der Demonstranten ist überwiegend nach der politischen Wende sozialisiert worden. Ob dieser Teil der Bevölkerung noch durch die traditionellen sozialen Bindungen „diszipliniert“ werden kann, bleibt abzuwarten.

14. Juli 2008

[www.kas.de/mongolei](http://www.kas.de/mongolei)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## **DIE MONGOLEI AM SCHEIDEWEG ODER VOR EINER „ZWEITEN POLI- TISCHEN WENDE“**

Letztendlich wird möglicherweise durch die Vorgänge der letzten Tage die Diskussion über die politische Verfasstheit des Landes verstärkt geführt. Ob das Land weiter die parlamentarischen Rechte stärkt oder ein eher präsidential ausgerichtetes politisches System zu bevorzugen sei, wird schon seit geraumer Zeit sehr kontrovers diskutiert. Da in der jetzigen politischen Wahrnehmung insbesondere der Staatspräsident der Handelnde ist, dürften die Befürworter eines eher präsidential ausgerichteten Systems Aufwind bekommen. Vielleicht sind die für das nächste Jahr angesetzten Präsidentschaftswahlen von noch viel wichtigerer Bedeutung oder bekommen vor diesem Hintergrund eine größere Relevanz. Hinzu kommt, dass ein Generationswechsel im politischen Führungspersonal fällig ist. Dieser ergibt sich nicht so sehr aus dem Lebensalter der zurzeit Handelnden. Aber viele der jetzt Verantwortlichen sind seit Anfang des Transformationsprozesses im politischen Geschäft, das heißt seit 15 – 18 Jahren. Viele Entscheidungen sind weniger durch parteipolitische oder weltanschauliche Kriterien motiviert, sondern ergeben sich in Reaktion auf persönliche Befindlichkeiten. Teile der jetzigen politischen Elite haben sich in den Jahren der Transformation „verkämpft“. Parteipolitische Präferenzen basieren nicht auf Programmen, sondern auf mehr oder weniger persönlichen Einschätzungen früherer politischer Entscheidungen. Die politische Elite des Landes muss ein Interesse daran haben, die Konkurrenzsituation nicht zu einem unüberwindlichen Graben werden zu lassen, weil sonst eine dauerhafte oder zumindest langjährige Spaltung der Gesellschaft droht.

Die Mongolei steht innenpolitisch an einer wichtigen Wegmarke bei der weiteren Entwicklung der Demokratie! Zwei Probleme werden die nächste Legislaturperiode weitestgehend bestimmen. Zum einen geht es um die künftige Rolle des Parlaments im Verhältnis zu Entscheidungsbefugnissen des Staatspräsidenten. Zum anderen müssen die politischen Entscheidungsträger aller

wichtigen Parteien ein Konzept erarbeiten, wie die Reichtümer des Landes, die Bodenschätze, für die Überwindung der Armut nutzbar gemacht werden können. Es besteht die Gefahr, ausschließlich auf den Verkauf der Bodenschätze zu setzen, weil der Staat dadurch relativ schnell zu erheblichen Einnahmen käme, mit denen angeblich die Probleme zu lösen seien. Der Wahlkampf bot eine „Kostprobe“, wie populistisch dieses Thema durch beide große Parteien transportiert wurde. Aber die mongolische politische Elite muss Konzepte entwickeln, die eine nachhaltige wirtschaftliche und damit soziale Entwicklung im Auge hat. Ein Konzept, das den bloßen Verkauf der Bodenschätze nach China oder Russland vorsieht, wird nicht ausreichen, sondern birgt die Gefahr in sich, die Mongolei wieder in extreme Abhängigkeiten zu bringen.